

die Kontrolle über den Geheimdienst Taiwans in der Hand hat, die Säuberungsaktion ausgelöst, um damit seine Beziehungen zu der Bande zu vertuschen und den Verdacht im Mordfall Jiang Nan vom taiwanesischen Geheimdienst abzulenken.

Laut Meldung der Presseagentur der VR China, Xinhua News Agency, vom 5. Dezember aus Washington hat ein Rechtsanwalt des "Komitees für den Fall Jiang Nan" in den USA, Jerome Garchik, am 4. Dezember auf einer Pressekonferenz offen gesagt, daß mächtige Persönlichkeiten in Taiwan den Mord an dem US-Schriftsteller chinesischer Abstammung Jiang Nan angeordnet und geplant hätten. Er wies darauf hin, daß der Boß der Bambusunion-Bande und verdächtige Führer im Mordfall von Jiang Nan, Chen Qili, mit einer Reihe von Beamten, einschließlich Jiang Xiaowus, Verbindungen habe. Indiz dafür sei, daß das Mordopfer niemals über die Bande geschrieben und keine Beziehungen mit dieser gehabt habe und daß die taiwanesischen Behörden zwei Zeitschriften aufgrund ihrer Reportagen über Jiang Nans Publikationen und dessen Mord verboten habe. "Es gibt keine andere Erklärung als die eines politischen Attentats", behauptet der US-Jurist. Ferner berichtete Xinhua, daß auch ein Polizeibeamter der Stadt Daly und FBI-Agent, Leutnant Tom Reese, der sich an den Ermittlungen des Mordfalls beteiligt hatte, bestätigt habe, aus der chinesischen Bevölkerung der Stadt Informationen über die Beziehungen zwischen Chen Qili und Jiang Xiaowu bekommen zu haben. "Ich habe davon gehört, aber ich bin nicht berechtigt, dazu einen Kommentar zu geben."

Inzwischen soll die US-Regierung Taiwan darum gebeten haben, Chen Qili auszuliefern. Haftbefehle sind von der US-Staatsanwaltschaft auch gegen die zwei anderen verdächtigten Täter, Dong Guishen und Wu Dun, ausgestellt worden. Wu Dun wurde am 26. November im Rahmen der Säuberungsaktion gegen die Untergrundgesellschaft in Taiwan verhaftet. Dong Guishen ist angeblich in die Philippinen geflüchtet. Obwohl die halbamtliche Vertretung Taiwans in den USA und auch der Regierungssprecher in Taipei die Bereitschaft geäußert haben, mit den US-Sicherheitsbehörden bei der Ermittlung des Mordfalls Jiang Nan zusammenzuarbeiten, wurde die Auslieferungsfrage nicht erwähnt. In der taiwanesischen Presse meinten viele Experten, eine Übergabe der verhafteten Verdächtigten Chen und Wu an die Amerikaner sei unwahrscheinlich, weil es zwischen Taiwan und den USA weder diplomatische Beziehungen noch einen Auslieferungs-

vertrag gibt. Sollte die taiwanesische Regierung die Auslieferung der verhafteten Verdächtigten tatsächlich verweigern, werden die US-Sicherheitsbeamten vermutlich zum Verhör von Chen und Wu nach Taiwan reisen. Man setzt auf die Hoffnung, daß die philippinische Regierung eventuell den anderen aus Taiwan geflüchteten Verdächtigten Dong Guishen festnehmen und an die USA ausliefern wird.

In Taiwan gibt es laut polizeilichen Statistiken 756 Untergrundorganisationen, darunter zählen neben der "Bambusunion" noch die "Sihai" (Vier Seen) und "Shanhuan" (Drei Ringe) zu den wichtigsten Banden. Die Säuberungsaktion konzentrierte sich aber bislang hauptsächlich auf die "Bambusunion". Außerdem wurden mehrere pensionierte Sicherheitsbeamte als führende Mitglieder der "Bambusunion" verhaftet. Auch einige amtierende Polizeiführer standen in dem Verdacht, gewisse Verbindungen mit dieser Untergrundorganisation unterhalten zu haben. All dies verstärkt den Eindruck, daß die Säuberungsaktion gegen die Untergrundgesellschaft in Taiwan in einem engen Zusammenhang mit dem Mordfall Jiang Nan steht und daß der Geheimdienst Taiwans in dem Attentat direkt oder indirekt verwickelt ist.

Wenn auch die Säuberungsaktion hinsichtlich der Gesellschaftsordnung einen positiven Sinn hat und daher von der Bevölkerung auch allgemein begrüßt wurde, stellt man sich, neben dem Zweifel über die wirklich politischen Motivationen dahinter, noch die juristische Frage, ob sie überhaupt mit den geltenden Gesetzen konform ist. Denn die Bestimmungen zu Säuberungsaktionen gegen Rowdys befinden sich noch immer in der Phase des Gesetzentwurfes, das dem Kabinett vorliegt und noch nicht verabschiedet worden ist (LHB, 22.11.84). -ni-

HONGKONG UND MACAU

*
*
* * * * *

*(58)

Ausländische Investitionen in drei Jahren um 63% gestiegen

Laut Statistiken der Hongkonger Industriebehörde waren im September 1984 in der britischen Kolonie 472 Fabriken registriert, die ganz bzw. zum Teil im Besitz ausländischer Unternehmer sind. Von diesen haben 442 Detailangaben ihrer Investitionen und Aktivitäten der Behörde vorgelegt. Danach belief sich die Gesamtinvestition auf 11.448 Mio. HK\$ (7,80 HK\$ = 1 US\$), im Vergleich zum Stand der

vorherigen Statistiken vom August 1981 ist somit in den vergangenen drei Jahren eine Zuwachsrate von 63% zu verzeichnen. Die USA, Japan und Großbritannien bleiben nach wie vor die führenden Kapitalherkunftsländer mit einem Anteil von jeweils 53,7%, 21,1% bzw. 6,9% am Gesamtvolumen ausländischer Investitionen. Ihnen folgen die Niederlande (2,8%), die Philippinen (2,6%) und die Schweiz (2,5%).

Obwohl zahlenmäßig die Fabriken mit ausländischen Investitionen nur 1-1,5% der Gesamtsumme aller Industriebetriebe ausmachen, beschäftigen sie doch, nach den Worten des Direktors für die Industriebehörde, John Yaxley, 89.033 Arbeitnehmer oder 10% aller Industriearbeitskräfte und nahmen 1983 mit 68% ihres Gesamtumsatzes von 27.000 Mio. HK\$ einen Anteil von 17,8% an den Exporten einheimischer Produkte ein. Die ausländischen Investitionen konzentrieren sich auf Produkte wie elektronische Erzeugnisse, Textilien, Bekleidung und elektrische Geräte (TKB, 13.12.84; Hong Kong Trader, Jan. 1985).

Ferner waren die ausländischen Investoren nach der offiziellen Untersuchung der Industriebehörde im Zeitraum Juli - September 1984 meistens sehr zuversichtlich über das Investitionsklima in Hongkong. 126 der 472 Firmen möchten ihre Produktionsbreite und 73 ihren Betrieb vergrößern. Nur zwei werden ganz und 12 teilweise aus Hongkong wegziehen; hinter ihren Entscheidungen sollen aber keineswegs politische Überlegungen gestanden haben (DGB, 14.12.84). -ni-

*(59)

Happy End des chinesisch-britischen Vertrages über Hongkong

Am 19. Dezember wurde der chinesisch-britische Vertrag über Hongkong, genauer gesagt "Die Chinesisch-britische Gemeinsame Erklärung über die Hongkong-Frage", durch die Regierungschefs beider Staaten, Zhao Ziyang und Margaret Thatcher, offiziell in Beijing unterzeichnet. Beide Politiker bezeichneten es als ein historisches Ereignis (XNA, 19.12.84). Auf der chinesischen Seite heißt es, es sei die Freude, daß die Rücknahme der Souveränität über Hongkong im Jahre 1997, die sie vor 142 Jahren an Großbritannien verloren hat, festgenagelt sei. Für die britische Seite bedeutet es eine Genugtuung, daß Hongkong nach seiner Rückkehr an China 1997 das kapitalistische System weiterhin aufrechterhalten kann, wenn auch die chinesische Regierung in dem Vertrag dafür nur eine Frist von 50 Jahren einräumt. Beide Seiten nehmen an, daß der unterzeichnete

